Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937
1921

51 (21.2.1921) Erstes Blatt

Visual Library

Bezugspreis: in Karlsruhe frei ins Haus geliefert monatlich 5.50 Mk., in den Ausgabestellen abgeholt monatlich 5.10 Mk. auswärts durch unsere Agenturen bezogen 5.50 Mk. monatlich, durch den Briefträger frei ins Haus gebracht monatlich 5.65 Mk., vierteljährlich 16.95 Mk.

Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle Ritterstraße 1.

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung — Mit der Wochenschrift „Die Pyramide" — Badische Morgenpost

Anzeigen: die 9gesp. Nonpareillezeile oder deren Raum a) lokal 1.40 M. b) auswärts 1.60 M., Reklamezeile 5.— Mk., an erster Stelle 5.50 Mk. Rabatt nach Tarif. Anzeigen-Annahme bis 12 Uhr mittags, kleinere Anzeigen spätestens bis 4 Uhr nachmittags.

Fernsprechanschlüsse: Geschäftsstelle Nr. 203. Verlag Nr. 297. Schriftleitung Nr. 20 u. 894 Hauptschriftleiter Nr. 277

Chefredakteur: Hermann v. Laer. Verantwortlich für Politik: Martin Holzinger; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für Feuilleton: Karl Joho und Hermann Weick; für Inserate: Heinrich Schriever. Druck und Verlag: C. F. Müllersche Hofbuchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Kurt Heinrich, Friedenau, Fregestraße 65/66. Telephon-Amt Uhland 2902.
Für unverlangte Manuskripte oder Drucksachen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist.

118. Jahrg. Nr. 51. — Montag, den 21. Februar 1921 — Erstes Blatt

Beginn der Londoner Konferenzen.

Lloyd George im Unterhaus.

Vorwürfe gegen die englische Regierung. — Des Premiers „Rechtfertigung". — Tatsächliche Leistungen Deutschlands: Hunderte von Millionen Pfund an England. — Falsche Behauptungen Lloyd Georges. — Ablehnung des Abänderungsantrages.

London, 20. Febr. (Wolff.) Im Unterhause fand (wie bereits in der Sonntagsnummer des „Tagbl." kurz berichtet wurde, D. R.), am Freitag eine Besprechung über die Reparationsfrage statt.

Bottomley brachte einen Abänderungsantrag ein, in dem das Bedauern ausgedrückt wird, daß in Anbetracht der längeren Zeitspanne seit Unterzeichnung des Waffenstillstandes, sowie in Anbetracht der Tatsache, daß das Land keine Gelegenheit hatte, seine Ansicht über die Friedensverträge auszudrücken und in Anbetracht der Politik der Minister mit Bezug auf die Entschädigungen und Verfahren gegen die „Kriegsverbrecher", der König in der Thronrede nicht die Absicht ausgedrückt habe, das jetzige Parlament zu einem baldigen Zeitpunkt aufzulösen.

Robert Claude Lowther unterstützte den Abänderungsantrag und warf der Regierung zweideutige Politik vor. Das Parlamentsmitglied Wise erklärte, Deutschland müsse für den Schaden, den es in Europa angerichtet habe, zahlen. Dies müsse jedoch in der geeignetsten und besten Weise geschehen.

Hierauf nahm

Lloyd George

das Wort und erklärte, die Frage sei sehr wichtig. Es handle sich um ein Thema, dessentwegen die alliierten Minister in den allernächsten Tagen mit den Deutschen zusammentreffen würden. Er sei in das Unterhaus gekommen mit der Hoffnung, Aufklärung über diese schwierige Frage zu erhalten, sei jedoch enttäuscht worden, er habe niemals Reden gehört, die weniger zur Aufklärung einer Sache beigetragen hätten. Es bestehe ein großer Unterschied darin, ob Deutschland für die gesamten Kosten des Krieges bezahlen solle oder bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit. Er sei bereit, zu seinen Versprechungen zu stehen. Als er während der letzten Wahlen in Bristol über dieses Thema gesprochen habe, habe er gesagt, Deutschland müsse bis zu seiner Leistungsfähigkeit bezahlen. Er stehe noch heute zu diesem Versprechen. Die Frage sei nur, welches die Grenze der Leistungsfähigkeit Deutschlands sei. Der Premierminister fuhr fort: Wir haben das Gutachten der Brüsseler Sachverständigen eingeholt, die Frankreich, Italien, Belgien und uns zur Verfügung standen, und auf den Rat dieser äußerst fähigen Männer brachten wir unsere Forderung vor. Wir führen die Bedingungen des Friedensvertrages bis zur äußersten Grenze der Macht irgend eines Landes aus. Bottomley habe nicht den entferntesten Begriff davon, was bereits geschehen sei, um das Abkommen durchzuführen. Tatsächlich sei bereits eine große Menge Rohstoffe, Schiffe und Kohlen abgeliefert. Die Deutschen erklärten, das abgelieferte Material belaufe sich auf über 20 Milliarden Mark. Die Alliierten erklärten allerdings, es sei weniger, und diese Frage würde von dem Reparationsausschuß untersucht werden. Deutschland habe an England Werte von Hunderten von Millionen Pfund Sterling ausgeliefert. Bottomley gebe sich nicht die geringste Rechenschaft davon, welche praktischen Schwierigkeiten bestünden, wenn man die Entschädigung aus einem andern Lande herausholen würde, um sich bezahlt zu machen. Das sei die praktische Schwierigkeit. Wenn man es wolle, könne man in Deutschland einsammeln. Aber was würde man einsammeln? Man würde Marken erhalten im Papiergeld des Landes. Wer wolle diese? Man würde Schiffsladungen deutschen Papiergeldes mitbringen und berichten, es seien keine flüssigen Aktiva zur Verteilung da? Weshalb? Weil sie nicht umwechselbar seien. Von welchem Nutzen würden deutsche Papiermark sein, wenn man sie alle hierher bekäme? 280 davon seien augenblicklich notwendig, um ein Pfund Sterling auszumachen. Wenn Sie so sammeln, erklärte Lloyd George unter dem Gelächter des Hauses, würden Sie ein Schiff voller Mark gebrauchen, um das Fahrgeld für sich nach Hause zu bezahlen.

Es wurde angeregt, man solle alle Manufakturwaren, die man bekommen könne, aus Deutschland herausholen. Angenommen, man nehme die gesamte Fertigware, die man brauche, aus Deutschland. Dies würde u. a. den Neufundland-Papierfabriken ernstlichen Schaden zufügen. Außerdem würde die Anti-Verschwendungsliga nicht in der Lage sein, ihren Feldzug zu führen. Man habe nun vorgeschlagen, um eine Bezahlung der Entschädigung zu erhalten, solle man mit keinem anderen Lande als Deutschland Handel treiben. Dies sei kein praktischer Vorschlag. Er handle nicht auf eigenen Rat, sondern auf den Rat der Sachverständigen, welche die Lage jeden Tag prüften, und der Schluß, zu dem sie gekommen seien mit Bezug auf die Leistungsfähigkeit Deutschlands, sei der, den man auf der Pariser Konferenz angenommen habe. Lloyd George erklärte, wenn man auf Unmögliches dringe, bekomme man gar nichts. Dieser Krieg habe mehr gekostet, als irgend ein Land bezahlen könne. Er habe 50 Milliarden Pfund gekostet. — Auf den Zuruf des Obersten Ward: Die Deutschen würden England im Falle eines Sieges geplündert und jedes Stück Privatbesitz weggenommen haben, erwiderte der Ministerpräsident: Schön, wir wollen sagen, sie hätten das Land geplündert. Angenommen, sie hätten die Nationalgalerie geplündert, alle unsere Einrichtungsgegenstände mitgenommen und all unser Geld, hat sich einer schon jemals überlegt, wie weit dieses gereicht haben würde? Es würde noch nicht einmal für eine Jahresrate Entschädigung gereicht haben. Diese kann nur in Ware oder Arbeitsleistung gemacht werden. Deshalb haben die Alliierten den Ausfuhrzoll in den Reparationsplan eingeführt. Für alles, was Deutschland ausführt, wird es in Gold bezahlen; es muß jedoch ein bestimmter Betrag für Rohstoffe und Lebensmittel ausgesetzt werden. Lloyd George erklärte: Ich will mein Bestes tun, um aus Deutschland den letzten Pfennig herauszuziehen, den es zu zahlen in der Lage ist. Ich will jedoch nicht solche Vorschläge unterbreiten, die nach dem Gutachten der Sachverständigen höchst undurchführbar sein und im Lande falsche Hoffnungen erwecken würden.

Bezüglich der Frage des Verfahrens gegen den früheren deutschen Kaiser erklärte Lloyd George: In Anbetracht der Weigerung Hollands sei er keinen Vorteil darin, darauf zu bestehen, daß der Kaiser ausgeliefert werde. Frankreich sei ebenso entschlossen gewesen wie England in der Forderung, daß Wilhelm II. abgeurteilt und bestraft werden solle. Aber sogar Frankreich sei der Ansicht gewesen, die Alliierten sollten nicht eine feindl. Handlung gegen Holland riskieren. Dies sei die Sache nicht wert gewesen, und nur zu bluffen sei nicht würdevoll. Trotz der Schwierigkeiten, die Deutschland habe, die anderen Kriegsverbrecher vor Gericht zu bringen, versichere er, daß er auf dem Verfahren gegen diese Personen bestehen und darauf dringen werde. Diejenigen, die unmenschlicher Grausamkeiten schuldig seien, müßten abgeurteilt werden. Wenn die alliierten Staatsmänner mit den deutschen Vertretern in etwa zwei Wochen zusammenträfen, würden sie auf diesem Punkte bestehen. Es werde gesagt daß Deutschland nicht alles tue, um seinen Verpflichtungen nachzukommen; er stimme dem zu, daß Deutschland einen wesentlichen Teil des Vertrages nicht durchgeführt habe, wie es dies hätte tun können (?). Deutschland habe sich nicht bis zur Grenze seiner Fähigkeit oder in einem Maße wie die Alliierten besteuert (?). Deutschland komme vor das Gericht, in Lumpen gekleidet (!), um zu zeigen, wie arm es sei. Die Mark sei jedoch nicht so verlumpt, wie dies scheine (?). Die Deutschen könnten ein bißchen Politur auf die Mark legen, und dies sei einer der Punkte, auf den bei der deutschen Delegation gedrungen werden solle, damit Deutschland nun in die Lage komme, seine Verpflichtungen zu erfüllen. Bevor jedoch irgendeine Regierung die Verantwortlichkeit übernimmt, nämlich die Verantwortlichkeit, an ihr Land zu appellieren und energische Maßnahmen zu treffen, wie sie notwendig wären, um die Erfüllung jener Verpflichtungen zu erzwingen, müssen die Regierungen und Parlamente der Völker davon überzeugt sein, daß die Nichtdurchführung der Verpflichtungen durch Deutschland nicht auf etwas durchzuführen sei, was es vernunftgemäß erklären könne, sondern auf einen vorsätzlichen Versuch, Europa noch einmal herauszufordern.

Das Mitglied der Arbeiterpartei T. Shaw nannte den Versuch der Alliierten, aus Deutschland die Summe der jetzigen abgeänderten Forderungen herauszubekommen, einen Riesenbluff und erklärte, die Arbeiterpartei unterstütze den Abänderungsantrag von Bottomley, da sie der Ansicht sei, die gesamte Politik der Regierung mit Bezug auf den Friedensvertrag müsse der Wählerschaft unterbreitet werden.

Der Abänderungsantrag Bottomley wurde schließlich mit 181 gegen 40 Stimmen abgelehnt.

*

Der Widerhall in der englischen Presse.

Der Refrain: Deutschland muß zahlen! — Die Einpeitscher. — Die Folgen der Bezahlung in Waren. — Der zwölfprozentige Ausfuhrzoll. — Ein auf den Kopf gestelltes System.

London, 20. Febr. (Wolff). Die Unterhausrede Lloyd Georges über die Reparationsfrage wird von den Blättern je nach ihrer politischen Richtung verschieden beurteilt. Während die „Times", „Daily Mail" und „Morning Post" ein gewisses Unbehagen über die Ausführungen des Ersten Ministers an den Tag legen, bezeichnen die liberalen Blätter die Rede als einen Fortschritt.

Der politische Mitarbeiter der „Times" sieht in der Rede eine neue Version des Satzes: Deutschland muß zahlen. Das Blatt schreibt in einem Leitartikel, das Land werde durch die Rede nicht ganz beruhigt werden. Die Essenz der Rede sei die Erklärung, daß Lloyd George zur bevorstehenden Reparationskonferenz nur in der Absicht gehen wolle, sein Letztes zu tun, um aus Deutschland den letzten Pfennig herauszuholen, den es zahlen kann, und nicht in der Absicht, Vorschläge zu unterbreiten, die nach dem Gutachten der besten Sachverständigen völlig undurchführbar seien. Diese Erklärung enthalte zwei wichtige Vorbehalte. Der eine betreffe die Zahlungsfähigkeit Deutschlands, der andere die Sachverständigen-Gutachten. Die „Times" sind der Ansicht, Lloyd George habe keinen klaren Beweis dafür abgelegt, daß er davon durchdrungen sei, daß alle Abmachungen in einem Geiste durchgeführt werden [illegible] der den Schluß und nicht den Beginn der Pariser Konferenz kennzeichne.

Noch deutlicher drückt sich die „Daily Mail" aus. Das Blatt schreibt, Lloyd Georges Rede werde mit großer Besorgnis gelesen werden, sie lasse einen Mangel an Entschlossenheit von Seiten Lloyd Georges vermuten, die Pariser Beschlüsse der Alliierten zu erzwingen.

Die „Morning Post" schreibt, die Rede könne falsch aufgefaßt werden und daher Zweifel in Frankreich aufkommen lassen; sie könne von Deutschland dazu benutzt werden, den von Dr. Simons für die Londoner Konferenz vorbereiteten Nachweis, daß Deutschland bankerott sei, noch zu unterstützen.

„Daily Expreß" schreibt, die Rede stelle nicht die Ansicht der vernünftigen Leute dar. Zu versuchen, Deutschland mehr zahlen zu lassen, als es zu zahlen in der Lage sei, sei reiner Wahn.

„Daily News" schreibt, es müsse beträchtlichen Mut von Seiten Lloyd Georges erfordert haben, um diese Erklärungen abzugeben. Lloyd George habe besonders betont, daß er keine Vorschläge unterbreiten werde, die von vornherein undurchführbar seien und im Lande falsche Hoffnungen erweckten. Zwei Jahre Ueberlegung und der Druck der harten Wirklichkeit hätten die Mehrheit des britischen Volkes in dieser Frage zur Einsicht gebracht. Kein Mann sähe besser als Lloyd George ein, daß die Sammelrufe, die bei letzten Wahlen so guten Dienst leisteten, heute in keinem einzigen Wahlkreise des Landes eine Wahl gewinnen würden.

„Daily Chronicle" unterschreibt jedes Wort des Ersten Ministers. Das Blatt führt aus, die Entschädigungsfrage sei eine Frage des Augenblicks. Lloyd George werde nicht die unverantwortliche Torheit begehen, auf unmögliche Zahlungen zu dringen. Er lehne es jedoch ebenso ab, sich durch den Schrei Simons über die Verarmung und den Bankerott täuschen zu lassen. Deutschland versuche seine Lage schlimmer darzustellen, als sie sei. In dieser Frage habe sich Lloyd George in nicht mißzuverstehender Klarheit und Schärfe ausgedrückt.

„Pall Mall Gazette" schreibt, Deutschland sei in der Lage einer Bank, die ungeheure Sicherheiten habe, die augenblicklich nicht umwechselbar seien, jedoch wenige flüssige Aktiva. Ein Ruin würde sie jetzt ruinieren, zugleich viele ihrer Gläubiger; wenn man ihr jedoch Zeit gebe, könnte sie ihren Verpflichtungen nachkommen. Zu diesem Zwecke seien die Vorschläge der Alliierten gemacht worden. Deutschland müsse sich erst rentieren, bevor es als Schuldner zahlen könne. Das Blatt fährt fort: Von jeher haben wir die Lehre gepredigt, daß unsagbare Entschädigungen, die dazu bestimmt sind, Deutschland als Sklavenstaat ein halbes Jahrhundert niederzuhalten, unmöglich eingetrieben werden können und nicht nur Deutschland, sondern dem Frieden und der Wohlfahrt ganz Europas nachteilig sind. Womit soll Deutschland bezahlen? Es hat keine Rohstoffe. Wenn es mit Fertigwaren bezahlt, erhebt sich ein solches Geschrei, daß die Regierung augenblicklich dabei ist, ein Anti-Dumping-Bill einzubringen, die die Einfuhr ausländischer Waren beschränkt und verhindert. Leute, die Deutschland zahlen sehen wollen, sagen nicht nachher, womit es zahlen soll. Nämlich immer mit einer Sorte Waren, an denen sie nicht interessiert sind.

Die „Westminster-Gazette" schreibt, die Rede Lloyd Georges — von untergeordneten Stellen abgesehen — sei den Liberalen aus dem Herzen gesprochen. Die Berührung mit der harten Wirklichkeit habe den Ersten Minister viel gelehrt und habe ihn zu der vernünftigen Ansicht gebracht, daß die Aufgabe, die Reparationen zu erhalten, nicht bedeute, die Tatsachen zu durchsuchen, die mit Papiergeld gefüllt sind, das nicht umgesetzt werden kann, sondern bedeute, Waren und Leistungen herauszuholen. Die meisten alliierten Länder aber wollen das nicht, da sie eine nachteilige Wirkung der Entschädigungen auf ihre eigenen Industrien bewirkten. Die Schwierigkeit bestehe nicht in der Einsammlung der Entschädigung, sondern darin, jede Entschädigung den Gläubiger-Ländern auf einem Wege zu übertragen, der nicht zur Auflösung und zum Chaos und damit zu Arbeitslosigkeit und Not führt. Jedermann sei dafür, daß aus Deutschland alles herausgeholt werden solle, was herausgeholt werden könne. Das Mögliche habe jedoch die deutlichsten Grenzen, wenn man nicht zur gleichen Zeit die eigenen Industrien vernichten wolle. Den zwölfprozentigen Ausfuhrzoll bezeichnet das Blatt als ein Element in der Entschädigung, das für den Gläubiger von negativem Werte sei.

„Manchester Guardian" bezeichnet die Rede Lloyd Georges als einen Fortschritt. Nie zuvor sei dem Unterhause so unverblümt die praktische Schwierigkeit, sich an einem anderen Lande schadlos zu halten, vor Augen gehalten worden. Das Blatt fragt, wie Deutschland jetzt 400 000 Pfund Sterling bezahlen solle, wo doch England mit seinen größeren Hilfsquellen aus seinen Einkünften weder jetzt noch nach 10 Jahren diese Summe aufbringen könne.

*

Walter Runciman hielt in Cambridge eine Rede über den Pariser Reparationsplan, in der er erklärte, ein mehr auf den Kopf gestelltes System, um Deutschland zahlen zu lassen, hätte kaum in einem Varité aufgestellt werden können. Forderungen vorzubringen, die Deutschlands Zahlungsfähigkeit überschreiten, sei genau so absurd, wie wenn man darauf bestehen, wolle, daß ein Bankerotteur 20 Schill. vom Pfd. bezahlt nachdem seine Aktiva zum großen Teil vernichtet sind. Der erste Grundsatz der Alliierten müsse sein, eine baldige Bezahlung zu sichern. England habe bereits einen Vorgeschmack der Bezahlung in Waren. Es habe als Teil der Entschädigung 350 deutsche Schiffe erhalten, die an britische Schiffsbesitzer verkauft wurden, die infolgedessen entweder ihre Aufträge an die britischen Schiffswerften gekündigt hätten bezw. keine neuen Aufträge erteilten. Der Niedergang in der Schiffsindustrie sei eine Folge davon. „Die Liberalen", sagt Runciman, „predigen eine Politik der Solidarität der Welt, denn nur so allein kann Europa gerettet werden."

„Evening Standard" stellt die Erklärung Briands vor dem Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten der Darmstädter Rede des deutschen Außenministers gegenüber und erklärt, sie sei kein gutes Vorzeichen für die Londoner Reparations-Konferenz.

Die Stimmung in London.

Paris, 20. Febr. (Wolff.) Pertinax hält sich bereits in London auf. Er berichtet dem „Echo de Paris" über die Stimmung vor der Londoner Konferenz, die letzten Verhandlungen der französischen Kammer hätten auf Lloyd George einen tiefen Eindruck gemacht. Er habe die Entente cordiale schwanken gesehen. Er halte an ihr fest und wolle sie nicht fallen lassen. Darüber dürfe man aber nicht vergessen, daß er mit vielen leitenden Persönlichkeiten der politischen und der Finanzwelt der Ansicht sei, das Abkommen von Paris sei eine wirtschaftliche und finanzielle Unmöglichkeit. Entweder drücke das Abkommen von Paris auf das wirtschaftliche Leben Deutschlands und töte die sich schon anzeigende Reorganisierung des Handels und der Industrie, oder Deutschland werde eine übermäßige Anstrengung machen, seinen Export in alle Teile des Weltalls vertreiben zu lassen. In beiden Fällen werde England geschädigt. Ernst sei die Tatsache, daß die Verhandlungen in London inmitten einer Arbeitslosenkrise geführt würden. Mit Rücksicht darauf habe Lloyd George vielleicht gesagt, die in Paris vorgesehenen Sanktionen könnten nur in Kraft treten, wenn Deutschland klar zum Ausdruck bringe, daß es sich seinen Wiedergutmachungspflichten entziehe. Das wolle besagen, daß die Sanktionen nicht automatisch in Kraft treten, wenn das Abkommen von Paris nicht nach dem Buchstaben erfüllt wird, sondern die Sanktionen würden in dem Maßstabe angewendet werden, in dem die Zahlungen Deutschlands nicht mit seiner Zahlungsfähigkeit übereinstimmen. Die Vertreter Frankreichs würden vielleicht einen Mißerfolg erleiden,

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

wenn sie unter dem Vorwand, Verbesserungen zu erlangen, das Abkommen von Paris aufs Spiel setzen. Das beste sei, sie hielten streng an dem Abkommen fest und verwendeten ihre ganze Anstrengung auf die Begründung der Zwangsmaßnahmen. Trotzdem sei man nicht vor der Gefahr sicher, wenn die Deutschen ernste Gegenvorschläge vorbringen würden, selbst wenn sie niedrigere Ziffern enthielten als die, die Frankreich angenommen habe. Pertinax hofft, daß die Deutschen unter dem Druck ihrer öffentlichen Meinung nicht in der Lage seien, derartige Vorschläge vorzubringen. Ihre Fehler würden wie immer Frankreichs Sicherheit bilden.

Pariser Bluff.

Berlin, 20. Febr. (Wolff.) Der „Temps" behauptet, daß die deutsche Regierung den Beschluß gefaßt habe, die Entwaffnungsmaßnahmen einzustellen. Der „Petit Parisien" läßt sich aus Berlin melden, die deutsche Regierung habe entschieden, daß die Entwaffnungsmaßnahmen unterbrochen werden. Der Reichskommissar Peters habe Befehl erhalten, das Ergebnis der Verhandlungen von London abzuwarten, bevor er die Beschlagnahme der Waffen in Ostpreußen und Bayern fortsetze.

Amtlich wird hierzu erklärt, daß beide Meldungen unrichtig sind. Weder liegt ein derartiger Beschluß der deutschen Regierung vor, noch hat Reichskommissar Peters einen solchen Befehl erhalten. Die bisher geplanten und angeordneten Entwaffnungsmaßnahmen werden vielmehr unverändert weiter durchgeführt. Zur Regelung der Entwaffnungsfrage in Ostpreußen begab sich Reichsentwaffnungskommissar Peters heute nach Königsberg.

w. **Paris**, 20. Febr. In einer Havasnote wird auf die Meldung des Wolffbüros hingewiesen hinsichtlich der Ausführung des Artikels 233 des Friedensvertrages über die Schadenberechnung. Mit Unrecht beklage sich die deutsche Regierung über die Kürze der bewilligten Fristen. Die Reparationskommission hat eine Frist von 10—15 Tagen vorgesehen, damit Deutschland seine ersten Bemerkungen vorbringen könne. Erst Anfang April habe die deutsche Regierung ihre Ansichten über sämtliche Fragen zu formulieren. Es verfüge also über genügend Zeit, um die Schadenberechnungen, die ihm übermittelt worden wären, zu prüfen.

w. **Paris**, 20. Febr. Da der Ministerpräsident Briand vor den vereinigten Staatsausschüssen für auswärtige Angelegenheiten und Finanzen vorgestern erklärte, die Pauschalsumme sei von dem internationalen Bankkonsortium, an dem französische Bankiers teilgenommen hätten, im Januar 1920 verlangt worden, hat, wie Havas meldet, der Kammerausschuß der Finanzen Briand gestern ersucht, die Namen der französischen Bankiers mitzuteilen, die an diesem internationalen Konsortium teilgenommen hätten.

Die ultima ratio!

(Eigener Drahtbericht.)

e. **Paris**, 21. Febr. Die „Air Nouvelle" schreibt: Die französischen Vertreter dürfen sich keiner Täuschung hingeben: ihre Arbeit wird hart sein. Bei der Behandlung der Orientfrage ist noch gar nicht abzusehen, wie die Türkei und Griechenland zusammengebracht werden können. Es ist sehr wahrscheinlich, daß auf diesem Gebiet bedeutend weniger erreicht wird, als man hofft. In der Reparationsfrage hätten der Minister Dr. Simons und seine Kollegen sich in der eigenen Schlinge gefangen. Nachdem Dr. Simons seine Rede à la Kühlmann gehalten hat, sei es schwer, einen Schritt rückwärts zu machen. Frankreich sei aber an der äußersten Grenze seiner Zugeständnisse angelangt. Im Falle eines deutschen Widerstandes würden gemäß dem Vertrag von Versailles die Zollsperre im Rheinlande vorgenommen werden. Militärische Druckmittel, etwa Einmarsch nach Essen oder Frankfurt a. M. würden ein ultima ratio sein.

Die Angst vor Hardings Rede.

(Eigener Drahtbericht.)

b. **Paris**, 21. Febr. Der „Neuyork Herald" schließt aus Londoner Meldungen, daß man dort der Rede des neuen Präsidenten Harding, die zwei Tage nach Beginn der Londoner Konferenz gehalten werden soll, mit großer Spannung entgegensehe. Man befürchtet, sie wird auf die Beratungen wie eine Bombe wirken. Man erwartet, daß Dr. Simons den Vorschlag machen wird, daß die Zahlungen Deutschlands an die Alliierten in Zusammenhang gebracht werden sollen mit der Bereitwilligkeit Amerikas, auf die Rückzahlung der interalliierten Schuld zu verzichten.

Asquith.

London, 20. Febr. (Wolff.) Auf einer Versammlung des liberalen Vereins von St. Taneras erklärte Asquith, die neue Tagung des Parlaments werde wahrscheinlich die letzte des augenblicklichen Parlaments sein.

Eine Ersatzwahl mit einem Siege der Koalition.

London, 20. Febr. (Wolff.) Die Ersatzwahl von Cardigan, der mit großer Spannung entgegengesehen wurde, endete mit dem Siege der Koalition. Der Koalitionskandidat Kapitän Evans, früher Privatsekretär Lloyd Georges, erhielt 14 111, der unabhängige Liberale 10 521 Stimmen. Evans erklärte, er verdanke seinen Sieg der Beliebtheit Lloyd Georges und der Ueberzeugung der Wähler, daß die Regierung, die das Land durch den Krieg geführt, Gelegenheit erhalten müsse, ihr Werk zu vollenden.

Briands Vorbereitungen.

w. **Paris**, 20. Febr. Ministerpräsident Briand hatte gestern abend mit dem Justizminister Bonnevay, dem Minister des Innern Marand und dem Handelsminister Dior Besprechungen. Letzterer reiste darauf mit dem Direktor im Handelsministerium Serruys ab, um mit der belgischen Regierung in wirtschaftliche Verhandlungen zu treten.

Noch eine Vorbesprechung.

(Eigener Drahtbericht.)

b. **Genf**, 21. Febr. Das Pariser „Journal" meldet aus London, Lloyd George, Briand und die anderen Delegierten der Entente werden vor der Eröffnung der Londoner Konferenz noch eine Vorbesprechung halten. Was die Gegenvorschläge anbelangt, so erklärt man in offiziösen Kreisen, daß nicht die Rede davon sein könne, den Vertrag von Versailles zu diskutieren.

Briand, Lloyd George und Sforza.

London, 20. Febr. (Havas.) Die Besprechungen zwischen Lloyd George, Briand und dem Grafen Sforza werden wahrscheinlich bis Dienstag vormittag dauern. Am Dienstag nachmittag sollen die türkischen und griechischen Vertreter vor dem Obersten Rat erscheinen.

Briand in London.

w. **London**, 21. Febr. Der französische Ministerpräsident Briand ist gestern nachmittag hier eingetroffen.

Italien gegen den Ausfuhrzoll.

(Eigener Drahtbericht.)

e. **Rom**, 21. Febr. Der parlamentarische Ausschuß des Auswärtigen, der Finanzen und des Handels hat am Samstag unter Vorsitz Luzzattis eine neue Plenarsitzung zur Prüfung der Wiedergutmachungsfrage abgehalten. Nach einer Mitteilung der offiziösen „Tribuna" verlangten der Abgeordnete Beneduce und der ehemalige wirtschaftliche Sachverständige Nette an den interalliierten Konferenzen, daß die Kommission ihre Zustimmung zur zwölfprozentigen Ausfuhrabgabe nicht geben soll. Der republikanische Abgeordnete und Industrielle Liesa unterstrich den Vorschlag mit Rücksicht auf die auf dem Devisenmarkt zu befürchtenden Folgen. Er bezeichnete den italienischen Anteil als zu geringfügig. Der Abgeordnete Paratone von der Fortschrittspartei schloß sich diesem Standpunkt an und erklärte, der Italien zugewiesene Anteil sei ungenügend. Man solle daher die Erhöhung des Anteils bei der bulgarischen und der von Ungarn zu verlangenden Entschädigung fordern.

Die Orientkonferenz.

w. **London**, 20. Febr. Wie gemeldet wird, soll es ein offenes Geheimnis sein, daß die Hoffnungen der griechischen Vertreter für die Orientkonferenz bezüglich einer Regelung sehr gering sind. Ein griechischer Vertreter erklärte, die einzige Möglichkeit für eine Regelung sei der italienische Vorschlag, daß die Griechen und Türken untereinander verhandeln. Der griechische Vertreter erklärte, der Vertrag von Sèvres müsse unverändert bestehen bleiben. Die Griechen könnten Smyrna nur aufgeben, wenn sie mit physischer Gewalt daraus vertrieben würden. In einer Unterredung mit einem Vertreter der „Morning Post" erklärte der griechische Premierminister, die griechische Regierung könne eine Revision des Vertrages von Sèvres nicht annehmen. — Dem diplomatischen Mitarbeiter des „Evening Standard" zufolge ist man in amtlichen britischen Kreisen der Ansicht, daß die Gründe, die einst für die Aufsetzung des Vertrages von Sèvres maßgebend waren, noch bestehen.

*

Dr. Simons in Frankfurt.

Frankfurt a. M., 20. Febr. Auf seiner Rückreise nach Berlin benutzte der Reichsminister des Äußern Dr. Simons gestern Abend die Gelegenheit, auch in Frankfurt in einem Kreise von Vertretern von Handel, Industrie und Wissenschaft sich über die Pariser Vorschläge und die ihnen gegenüber einzunehmende Haltung der Reichsregierung auszusprechen. Auch die Sanktionen waren Gegenstand der Erörterung. Wie in Süddeutschland, so kam auch hier die einmütige Zustimmung zu der Absicht der Reichsregierung zum Ausdruck, nur unter erfüllbare Forderungen die deutsche Unterschrift zu setzen.

Argentinien und der Völkerbund.

(Eigener Drahtbericht.)

e. **Rom**, 21. Febr. Wie die „Agenzia Americana" meldet, war der argentinische Außenminister Pueyredon bei seiner Rückkehr von der Völkerbundsversammlung in Buenos Aires Gegenstand lebhafter Sympathiekundgebungen, in deren Verlauf Verwünschungen gegen den Völkerbund ausgestoßen wurden. Im Regierungspalast fanden sofort lange Beratungen zwischen dem Präsidenten der Republik und dem Minister des Aeußern statt, um die endgültige Haltung Argentiniens zum Völkerbund zu bestimmen. Nach der „Agenzia Americana" war der Austritt aus dem Völkerbund nicht überraschend.

Triest.

(Eigener Drahtbericht.)

e. **Rom**, 21. Febr. Die Verkündung Triests zum Freihafen wird nach einer Meldung der „Agenzia Italiana" mit großen Feierlichkeiten durch den König am Tage der Annexionsfeierlichkeiten erfolgen. Der Freihafen wird sich von Servola-Muggia im Eisenbahnknotenpunkt Natresina bis zur Industriezone von Monte Falkone ausdehnen.

Die Preußenwahlen.

w. **Berlin**, 20. Febr. Die Berliner Wahlen zum preußischen Landtage sind vollkommen ruhig verlaufen. Die Parteien hatten sich im Gegensatz zu den früheren Wahlen fast nur auf eine allerdings rege Propaganda in den Tageszeitungen beschränkt. Werbeversammlungen fanden erst wenige Tage vor den Wahlen statt, und von dem Flugblätterregen, der sonst über die Städte des Reiches niederging und die Straßen überschwemmte, konnte keine Rede sein. Auch die Plakate, die sonst Häuser, Mauern und Zäune zierten, fehlten. In Lankwitz wurden um Mitternacht zwei Männer dabei betroffen, wie sie mit roter Farbe auf dem Bürgersteig die Buchstaben „SPD" aufmalten. Auf der Polizeiwache entpuppte sich der eine zu allgemeiner Heiterkeit als der Bürgermeister des Vororts Dr. Ostrowski.

Im Ministerwahllokal, das sich jetzt in dem Pilsener Urquell in der Krausenstaße befindet, eröffnete den Reigen der Wählenden Reichspräsident Ebert. Es folgten der Reichskanzler Fehrenbach, der sächsische Gesandte Dr. Koch, der württembergische Gesandte Hildenbrandt, der preußische Justizminister Zehnhoff, der Reichsjustizminister Dr. Heinze, Unterstaatssekretär Göhre, Staatssekretär a. D. Kühlmann und der Reichsminister des Inneren Dr. Koch. In dem Weinlokal von Hausmann gaben ihre Stimme ab der Reichsverkehrsminister Groener, der Reichsminister Fischbeck und Staatssekretär Albert. Der Reichspostminister Giesberts wählte in einem Lokal in der Mauerstraße.

Ueber die Beteiligung an den Wahlen kann um 8 Uhr abends folgende Uebersicht gegeben werden: Im Westen von Berlin beteiligten sich von den eingeschriebenen Wählern etwa 75 bis 80 Prozent im Norden und Osten höchstens 65 bis 75 Prozent, im Zentrum 60 Prozent. Bemerkenswert schlecht war die Wahlbeteiligung in Neukölln und Weißensee.

Einzelergebnisse.

w. **Berlin**, 21. Febr. Gesamtergebnis der preußischen Landtagswahlen 12½ Uhr nachts in Berlin-Stadt: Deutschnationale Volkspartei 168 000 Stimmen gegen 120 000 bei den Reichstagswahlen; Deutsche Volkspartei 122 000 gegen 150 000; Zentrum 40 660 gegen 36 000; Demokraten 66 370 gegen 75 000; Mehrheitssozialdemokraten 221 000 gegen 187 000; Unabhängige 117 000 gegen 456 000; Kommunisten 112 000 gegen 140 000; Wirtschaftspartei 45 759; Niedersächsische Landespartei 29. Somit sind gewählt: 4 Deutschnationale, 3 Deutsche Volksparteiler, 1 Zentrum, 1 Demokrat, 5 Sozialdemokraten, 4 Unabhängige, 2 Kommunisten, 1 Wirtschaftsparteiler.

Halle (Stadt). Deutschnatl. Vp. 17 305, Deutsche Vp. 13 194, Zentrum 1712, Sozialdemokraten 10 196, Demokraten 12 117, Unabhängige 7290, Kommunisten 35 215.

Erfurt (Stadt). Deutschnationale 14 772, D. Volkspartei 15 957, Zentrum 3352, Soziald. 5255, Demokraten 4813, Unabhängige 8521, Kommunisten 10 893, Landsbund 62.

Magdeburg (Stadt). Deutschnational 12 735, Deutsche Vp. 24 340, Zentrum 20003, Sozialdem. 50 289, Demokraten 11 794, Unabhängige 7571, Kommunisten 4932.

Köln (Stadt). Deutschnational 3467, Deutsche Vp. 11 964, Zentrum 36 562, Sozialdem. 26 000, Demokraten 3089, Unabhängige 1727, Kommunisten 8159.

Uraufführung in Darmstadt.

Das neue Stück von Carl Sternheim ist an sich nicht von großem Belang. Es nennt sich Lustspiel, ist aber eine bewußt verzerrte Groteske, die überraschenderweise — bei dem sonst destruktiven Sternheim doppelt überraschend — „Deutschlands jungen Mädchen zugeeignet" wird. Es will nach der Widmung in der Buchausgabe „Der entfesselte Zeitgenosse" in der führenden Frauenrolle des Stücks dem heute heranwachsenden Geschlecht ein Vorbild geben. Das erfuhr man nun nicht eigentlich durch die Aufführung, sondern aus dem Begleitwort Dr. Viktors auf dem Zettel. Also ein Lustspiel bedarf einer gelehrten Einführung, damit man weiß wo und wie! So forziert geistvoll sind heutzutage sogar angebliche Lustspiele beschaffen. Ohne den Kommentar käme tatsächlich ein nicht verbildeter oder nicht snobistisch in allen Aeffereien treibender Zeitgenosse niemals auf den Gedanken, daß Carl Sternheim, der Erfinder des Hackbratendeutsch und der Poesie mit der kalten Hundenase, letzten Endes die Tugend der Mädchenreinheit preisen will. Nimmt man nämlich den überstiegenen Theaterzauber von der Handlung weg, so bleibt als Tatsachenkern dieses: Die Tochter eines Kriegsgewinnlers sucht sich unter ihren Freiern, die alle vollendete Trottel und Karikaturen, also anscheinend auserlesene Zeitgenossen, sind (nämlich als Gattungssymbole ein Admiral, ein Diplomat, ein Publizist, ein Politiker, ein Tenor), das adäquate Männchen. Sie wählt zunächst als Vernunfttochter eines nur vernünftigen Zeitalters in „Kausalität logischer Assoziationen". Doch erkennt sie schließlich, was gesunde Mädchen und Männer seit je und vor Sternheim immer wußten, daß der geistig gerade und körperlich tüchtige Bursche der richtige Mann für eine richtige Ehe ist. In einem unmöglichen Prüfungsverfahren wird der Richtige gesucht. Die Umworbene springt ins Wasser und wird dann natürlich nicht von den Trotteln, sondern von dem instinktiv schon geliebten Jüngling, einem juristisch und philosophisch vorgebildeten Tischler, herausgezogen. (Beide können nicht schwimmen und das Meer, in dem das geschieht, hat keine Balken, doch ist das ihre oder des Poeten Sache.) Um dieses lösende Ereignis werden nun drei Akte lang die schwierigsten philosophischen Dispute gehalten. Sie werden noch verworrener und dunkler, weil Sternheim sein geliebtes Hackbratendeutsch, wenn auch mit leichter Milderung gegenüber dem Kauderwelsch seiner „Chronik des 20. Jahrhunderts", mit so schweren und tiefsinnigen Gedanken belädt, daß es einem in diesem Lustspiel alles andere als lustig zu Mut wird. (Hier eine Stilprobe: „Gut zu mir oder anderen zu sein, muß ich aus vernünftigen Notwendigkeiten fort, die Lage aus des einzelnen mystischem Bedürfnis prüfen. Mich Einbildung, seelischer Kühnheit für ihn hingeben!")

Es wäre an sich gewiß überflüssig, über dieses neueste Sternheimsche Lustspiel des Längeren zu sprechen. Es muß aber Verwahrung dagegen eingelegt werden, daß der Autor mit solchen Geschraubtheiten, Geschwollenheiten, Uebersteigerungen und Verzerrungen die Kulturmission einer Gesundung unserer Mädchenwelt zu erfüllen glaubt. Es sieht ja gewiß bös aus in der heutigen Jugend, aber so schrille Blechmusik trompetet sie doch nicht, daß man den Sternheimtypus als die gegenwärtige Normalität betrachten müßte. Die schließliche Entfesselung der für einander bestimmten Paare aus den Zeitzwängen geht selbst in unsern verwirrten Tagen so natürlich und selbstverständlich vor sich als je und immer. Es wird hier des Weiteren nur deshalb so ausführlich berichtet, weil die Aufführung im Darmstädter Landestheater durch den genialen Regisseur Gustav Hartung so ausgezeichnet war, daß sie in der Stadt Karlsruhe, die unter ähnlichen Voraussetzungen wie das nachbarliche Exhoftheater Komödie spielt, besondere Beachtung verdient. Hartung hat sein Ensemble so ungeheuer stark und fest am Zügel, daß es als ein Instrument bewunderungswürdige Leistungen erzielt. Ja, so übermächtig ist sein Wille, daß eine Ueberspannung zu befürchten ist. Denn die Akteure waren bei der Uraufführung des „Zeitgenossen" so restlos entpersönlicht, daß ihnen Eigenes zu sagen fast nichts mehr übrig blieb. Dazu kam allerdings, daß die Marionetten schon durch des Dichters Wille starr an den Drähten hingen und vom Regisseur stilgetreu puppenmäßig bewegt werden mußten. (Durch derartige Stücke würde der Niedergang der Schauspielkunst besiegelt werden!) So glänzend schlechthin die Hartungsche Aufführung als solche war und dem Verfasser des Lustspiels den äußeren Erfolg verschaffte, so verhängnisvoll erachte ich solche Darbietungen im Hinblick auf die Erziehung zur Gesundung unseres durch die Modejagd verwirrten Geschmackes und unseres durch die Zeitläufe unsicher gewordenen Empfindens. Das vollbesetzte Haus beugte sich allzuwillig unter die bestechende Artistik und Dialektik von Autor und Schauspieldirektor, und allzuviele glaubten sicherlich, eine wahre Dichtung miterlebt zu haben. Und die Jugend, die Sternheim für die Zukunft neu geschaffen wissen will, läuft erst recht derlei Popanzen nach, statt durch sie ernüchtert zu werden. So tritt meines Erachtens mit der Pflege solcher Neuheiten gerade das Gegenteil ein, was der eifrige und hochbegabte Darmstädter Intendant heißen Willens und hochanerkennungswert erstrebt.

Da unser badisches Landes-Theater zurzeit in Gärung steht und mit bestem Willen zu einer Renaissance schreitet, heißt es darum: vestigia terrent!

Karl Joho.

Badisches Landestheater.

Neueinstudiert: Judith von Hebbel.

Die vom Oberregisseur Felix Baumbach im letzten Augenblick durch wörtlichen Einsatz seiner Person gerettete Wiederaufnahme der Hebbelschen Jugendtragödie, die seit 1909 am hiesigen Theater ruhte, bewies als Gesamtleistung, daß selbst einem Dramatiker wie Hebbel, der seine Konflikte lediglich in den Charakteren löst, eine künstlerische äußere Inszenierung neue Werte zu leihen vermag. Es bestätigte sich die alte Erfahrung, daß äußerer Glanz die inneren Kräfte löst und sie, wenn eben Aufmachung nicht Selbstzweck ist, erst recht deutlich und wirksam herausstellt.

Da war der stark und streng stilisierte Expositionsakt. Die „ungeheuerliche Individualität", wie sie selbst Hebbel nicht ein zweites Mal geschaffen hat, wurde durch Prunk und Pracht, im Gleichlauf von Gedanke und Szenerie, in phantastisch-herrischer Aufmachung unbedingt verständlich gemacht und dergestalt von außen her in der Tat auch seelisch exponiert. Die berühmten Szenen zu Bethulien — sonst „öffentlicher Platz", hier unter Mauer und Tor gelegt — rasten in realistischem und trotzdem gebändigten und sorgfältig gegliederten Gewoge dahin. Das Zelt des Holofernes und das Gemach der Judith fielen gegen die genannten Schauplätze naturgemäß ab und suchten ihr Heil im Rahmen der gebotenen Sparsamkeit. Neben Baumbach darf sich der Theatermaler Emil Burkard das erste Verdienst zuschreiben. Mit Originalität und Stilwillen packt er die Szenen an und wirkt selbst da, wo ihm der Schwung durchging oder — das Geld fehlte. Die Kostüme von Margarete Schellenberg verdienen ebenfalls alle Anerkennung.

So weit wäre für den Samstagabend, der erfreulicherweise ein vollbesetztes Haus sah, die Aufführung fest gefügt und aussichtsvoll gewesen, da erkrankte der Darsteller des Holofernes, Herr Fritz Herz. Nun zeigte Baumbach, daß er nicht nur gepaukt, sondern seine Neueinstudierung wirklich geistig geschaffen und durchgeschafft hatte. Er sprang ohne Weiteres als Holofernes ein und führte, da er eben ein fürtrefflicher und allgewandter Schauspieler, Künstler und überhaupt ein Mann von Graden ist, die Tragödie glücklich hinaus. Er stülpte sich den seit der Wagnermaske vom Berliner Deutschen Theater her bekannten Struwwelpeterrundhaarwuschel auf. Der Holofernes war fertig, hatte doch Herr Baumbach die Regie und damit das Herz und den Herrn Herz der Einstudierung in sich. Gewiß blieb er in gewissen äußeren Linien und mehr ein bildmäßiger als ein außer im Blutherrschertum in zwangvollen Ideen sich windender Uebermensch, aber das verschlug in diesem Notfall nichts. Das eigentliche Drama spielt sich zudem ausschließlich in der Brust der Judith ab. Melanie Ermarth, schon äußerlich immer noch bewundernswert vereigenschaftet, befriedigte mit ihrer Judith durchaus. Zuweilen schien die große, klare, klassische Linie durch Einmodernisierung von ihr sonst obliegenden Gestalten verwischt. Doch muß man dem zugut halten, daß in der Tat diese altjüdische „Jungfrau von Orleans" Keime vieler moderner Frauenkaraktere in sich trägt und damit von selbst zur Einbeziehung hysterieverwandter Darstellungswesenheiten verlockt. Georg Litsch übernahm in dankenswerter Bereitschaft für Baumbach den Daniel. Starke Wirkung erzielte Ludwig Unger mit dem Moabiterhauptmann. Die zahlreichen Einzelrollen waren im übrigen zumeist in guten Händen, das Zusammenspiel einheitlich und wirksam, die ganze Aufführung ein schöner Erfolg, nicht nur eine Versprechung für die Zukunft unseres Theaters, sondern eine erfreuliche Erfüllung von heute. In Frankfurt hat „Judith" 40 Volksvorstellungen mit steigendem Erfolg erzielt. In der Karlsruher Samstagsaufführung verließen mehrere Besucher vorzeitig das Theater. Hebbel scheint zu modern oder am Ende zu unsittlich zu sein. Dem Mann muß geholfen werden.

—o.

Breslau (Stadt). Deutschnat. 21 401, Deutsche Vp. 10 540, Zentrum 15 621, Sozialdem. 53 340, Demokraten 7160, Unabhängige 108, Kommunisten 439, Wirtschaftspartei 348.

Frankfurt a. M. Deutschnat. 24 182, Deutsche Vp. 28 075, Zentrum 28 356, Demokraten 20 712, Sozialdem. 71 797, Unabhängige 10 831, Kommunisten 9677, Wirtschaftspartei 4424.

Dortmund (Stadt). Deutschnat. 4287, Deutsche Vp. 24 673, Zentrum 31 794, Demokraten 4868, Sozialdem. 30 366, Unabhängige 9538, Kommunisten 18 829.

Bochum (Stadt). Deutschnat. 4290, Deutsche Vp. 12 063, Zentrum 23 358, Demokraten 2430, Soziald. 18 457, Unabh. 1845, Kommunist. 7175.

Mülheim-Ruhr (Stadt). Deutschnat. 6943, D. Volksp. 11 413, Zentr. 11 370, Demokraten 2460, Sozialdem. 9162, Unabh. 268, Kommunst. 8300.

Kassel (Stadt). Deutschnat. 17 593, Deutsche Vp. 17 107, Zentrum 3830, Demokraten 8883, Sozialdem. 36 595, Unabh. 1975, Kommun. 3973, Wirtschaftspartei 105.

Düsseldorf (Stadt). Deutschnat. 2100, Deutsche Vp. 2500, Zentrum 57 500, Demokraten 5600, Sozialdem. 17 000, Unabh. 28 000, Kommun. 18 000.

Hannover (Stadt). Deutschnat. 15 293, Deutsche Vp. 42 142, Demokr. 9795, Unabh. 3563, Kommunisten 11 766, Deutsch-Hannov. 38 742, Sozialdemokr. 92 748, ungültig 828. Somit sind gewählt: Dr. v. Campe-Hildesheim (D. Vp.), Oberbürgermeister Leinert und Frau Helffers (Soz.).

Bremen. Bei den Bürgerschaftswahlen erhielten die Deutschnat. 9321, die Deutsche Vp. 36 676, das Zentrum 3552, die Mehrheitssozialdemokr. 35 201, die Demokraten 27 201, die Unabhängigen 34 078, die Kommunisten 11 114, die berufsständische Liste 378 Stimmen.

Königsberg. In Ostpreußen wurde in den Städten zum Reichstag, Landtag und Provinziallandtag, auf dem Lande außerdem noch zum Kreistag gewählt. Die Wahlpropaganda der letzten Tage war sehr rege. Die Ergebnisse gehen nur sehr langsam ein. In Königsberg sind die Wahlen ruhig verlaufen. Soweit sich bisher übersehen läßt, haben die Deutschnationalen und Kommunisten gewonnen, in Königsberg selbst die Deutsche Volkspartei.

Oechingen. Deutschnat. 279, Deutsche Vp. 30, Zentrum 5802, Demokraten 1081, Soziald. 747, Unabhängige 9, Kommunisten 26, Christl. Volkspartei 3 Stimmen.

Sigmaringen. Deutschnatl. 509, Deutsche Vp. 58, Zentrum 7984, Demokraten 470, Sozialdem. 816, Unabhängige 2, Kommunisten 41 Stimmen.

Deutsches Reich.

Protest ungarischer Frauen gegen die schwarze Schmach.

Der Nationalbund ungarischer Frauen richtete an die Rheinische Frauenliga ein Schreiben, in dem der Bund das Mitgefühl der ungarischen Frauen ausdrückte und gegen die Verwendung von schwarzen Soldaten im besetzten Gebiet protestiert. Auf den Trümmern ihres zertrümmerten Vaterlandes gedächten die ungarischen Mütter der deutschen Schwestern, die im Namen des Friedens den tierischen Leidenschaften afrikanischer Wilden zum Opfer hingeworfen würden.

Wiedereinführung eines zweijährigen Haushaltszeitraums in Baden.

Schon lange vor dem Krieg haben die Mitglieder der radikalen Parteien des Badischen Landtags die Einführung einjähriger Haushaltszeiträume als eine Forderung des badischen Volkes, aber auch mit Rücksicht auf die finanztechnischen Schwierigkeiten, die die zweijährigen Haushaltzeiträume für die badische Finanzwirtschaft mit sich bringen, immer dringender gefordert. Dabei ist allerdings zuzugeben, daß die Beibehaltung des zweijährigen Haushaltszeitraums gegenüber der Uebung im Reich, das von jeher mit einjährigen Zeiträumen rechnet, mancherlei Schwierigkeiten bereitet hat, weil bei der Aufstellung des badischen Voranschlags die Geldbedürfnisse des Reichs oder dessen Ueberweisungen an Baden im zweiten Voranschlagsjahr noch gar keine zuverlässigen Anhaltspunkte vorhanden sein konnten, die Aufstellung des Voranschlags für das zweite Haushaltsjahr somit vollständig willkürlich erfolgen mußte. Diese Mißstände waren zur damaligen Zeit aber immer noch erträglich und reichten bei weitem nicht aus, die Beibehaltung des zweijährigen Voranschlagszeitraums unmöglich zu machen. Der Gedanke, alljährlich den Voranschlag aufzustellen, gewann allmählich an Anhänger. Die Mehrheit der Zweiten Kammer, darunter geschlossen die nationalliberale Fraktion, unterstützten die Regierung in der Beibehaltung des zweijährigen Haushaltszeitraums, weil sie mit ihr der festen Ueberzeugung waren, daß die alljährliche Aufstellung des Staatsvoranschlags eine große Mehrarbeit mit sich bringt, gleichzeitig aber auch eine Personalvermehrung in den Ministerien erfordert. Erfahrungsgemäß gibt auch jede Voranschlagsaufstellung das Zeichen zur Einreichung einer Menge von Wünschen und Anträgen so daß jeder neue Voranschlag auch bei der sorgfältigsten Aufstellung gegenüber seinem Vorgänger mit einem starken Anschwellen der ordentlichen Ausgaben abschließt; es konnte daher keinem Zweifel unterliegen, daß in Staaten mit einjährigem Voranschlag diese für die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts im Staatshaushalt bedenkliche Tendenz der Ausgabesteigerung begreiflicherweise im stärkeren Maße in die Erscheinung treten als in Staaten mit zweijährigem Staatsvoranschlag und das Tempo der Ausgabesteigerung dort im allgemeinen rascher ist als hier. Wie aber für jeden Privathaushalt, so ist es auch für den Staatshaushalt nützlich und heilsam, wenn nicht fortgesetzt und ununterbrochen der Prozeß der Vermehrung der Ausgaben vor sich geht, wenn vielmehr zwischen den regelmäßigen Zeiträumen der Neuverwilligungen größere Ruhepausen eintreten, die es dem Land ermöglichen, für neue Leistungen und Verausgabungen die nötigen Kräfte zu sammeln. Irgendwelche Nachteile als Folge der Zweijährigkeit des Staatsvoranschlags sind in Baden nie bemerkt worden. Man könnte aber mit einer gewissen Berechtigung einwenden, daß es an den erforderlichen Mitteln fehle, wenn plötzlich nicht vorherzusehende, aber unverschiebliche Ausgaben hervortreten. Für solche Fälle hat aber das badische Etatgesetz die Möglichkeit der alsbaldigen Befriedigung unverschiebbarer Bedürfnisse durch die Zulassung der Erteilung von Administrativkrediten, deren nachträgliche Genehmigung durch die Stände zu erwirken ist, in ausreichendem Maße gewährleistet.

Den Streit um den ein- oder zweijährigen Haushaltszeitraum hat man kurzerhand beseitigt, indem die neue badische Verfassung die alljährliche Aufstellung des Staatsvoranschlags vorgeschrieben hat. Knapp ein Jahr hat die neue Herrlichkeit Stand gehalten, und schon wurde im Plenum des Landtags von verschiedenen Seiten die Wiedereinführung des zweijährigen Haushaltszeitraums gefordert. Nun haben, wie bereits früher mitgeteilt, die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen einen Antrag im Landtag eingebracht, der eine Aenderung des Finanzgesetzes dahin verlangt, daß der für das Rechnungsjahr 1. April 1920/21 aufgestellte und vom Landtag genehmigte Staatsvoranschlag auch für das Rechnungsjahr 1921/22 Gültigkeit hat. Die Annahme dieses Antrags steht außer allem Zweifel und damit wäre die Wiedereinführung der zweijährigen Haushaltszeiträume eine beschlossene Sache. Von nun an braucht auch der Landtag nicht mehr regelmäßig alljährlich zusammenzutreten, im allgemeinen wird der Zusammentritt alle zwei Jahre genügen, wodurch gleichzeitig auch eine recht erhebliche Ersparnis erzielt wird. Außerdem können sich die einzelnen Ministerien in besserem Maße, als das bisher der Fall war, ihren inneren wichtigen Aufgaben widmen, denn die Aufstellung eines Staatsvoranschlages verursacht in allen Ministerien außerordentlich große Mehrarbeit.

G. M.

Die staatliche Förderung der Rindviehzucht.

Auf Grund des Ergebnisses einer am 5. Februar 1921 im Ministerium des Innern mit den Vertretern der Züchtervereinigungen und der übrigen größeren landwirtschaftlichen Körperschaften des Landes, sowie mit erfahrenen sonstigen Sachverständigen abgehaltenen Besprechung sollen für die staatlichen Maßnahmen zur Förderung der Rindviehzucht künftig folgende allgemeine Grundsätze maßgebend sein.

An dem bisherigen Zuchtziel, das sich bewährt hat, ist festzuhalten; die im Lande bisher gezüchteten Viehschläge sind beizubehalten, da sie den wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßt sind. Die Schaffung bodenständiger Zuchten soll mit allem Nachdruck gefördert werden. Der Förderung der Rindviehzucht auf genossenschaftlicher Grundlage ist besonderer Wert beizumessen. Die Züchtervereinigungen sollen deshalb tunlichst weitgehend zur Mitwirkung bei der staatlichen Tierzuchtpflege herangezogen und besonders auch mit dem Vollzug der staatlichen Maßnahmen betraut werden. Die Durchführung der Zucht auf Leistung soll — unter gleichmäßiger Berücksichtigung der Milch-, Fleisch- und Arbeitsleistung — mit allen geeigneten Mitteln gefördert werden. Zur Herbeiführung der Gesundung und Gesunderhaltung der Zuchtbestände sind geeignete Maßnahmen zu treffen. Es ist deshalb die Förderung von Einrichtungen zur naturgemäßen Aufzucht des Jungviehs und zur planmäßigen Bekämpfung der die Zucht schädigenden Tierkrankheiten dringend geboten.

Unter Berücksichtigung dieser allgemeinen Richtlinien werden für die Förderung der Rindviehzucht mit staatlichen Mitteln künftig in der Hauptsache zunächst folgende Maßnahmen in Betracht kommen:

1. Maßnahmen zur Förderung der Zucht und Beschaffung sowie der Haltung von Gemeindefarren. a) Durchführung des Gesetzes über die Haltung von Zuchtfarren vom 12. Mai 1896. b) Regelung der Versorgung der Gemeinden mit Zuchtfarren aus bodenständigen badischen Zuchten; Einrichtung und Betrieb von Farrenaufzuchtstationen; Beschaffung besonders hochwertiger Farren für Gemeinden und Züchtervereinigungen im Hochzuchtgebiet. c) Unterstützung der Uebernahme der Farrenhaltung in Selbstverpflegung der Gemeinden durch Gewährung von Beihilfen zur Errichtung von Gemeindefarrenställen.

2. Gewährung von Beihilfen zur Errichtung und zum Betrieb von Jungviehweiden. Förderung der Bildung von Weidegenossenschaften; Durchführung planmäßiger sachgemäßer Bewirtschaftung des Weidegeländes.

3. Förderung der genossenschaftlichen Rindviehzucht. a) Ausbau der Züchtervereinigungen. b) Zeitgemäße Ausgestaltung des Zuchtbuchwesens. c) Ueberwachung und Leitung der züchterischen Tätigkeit der einzelnen Genossenschafter. Durchführung sachgemäßer Nachzucht und Aufzucht. Anpassung des Zuchtbetriebs an den sonstigen landwirtschaftlichen Betrieb des Inhabers. d) Durchführung von Milchleistungsprüfungen in den Zuchtgenossenschaften als dauernde Einrichtung.

4. Veranstaltung von Zuchtviehschauen. a) Staatliche Schauen für im Lande gezüchtete Farren mit einwandfreiem Abstammungsnachweis sowie für selbstgezüchtete, im Zuchtbuch einer badischen Züchtervereinigung eingetragene Kühe mit nachgewiesener Leistung (Zuchtleistung und Milchleistung). b) Schauen der Züchtervereinigungen zur Prüfung und Auszeichnung züchterischer Leistungen (Schauen für Jungvieh, Kalbinnen, Zuchtfamilien, Stallschauen). c) Verbindung von Zuchtviehschauen mit den Zuchtviehmärkten der Züchtervereinigungen.

5. Förderung des Molkereiwesens. Gegenseitige Anpassung der züchterischen Maßnahmen und der Maßnahmen zur Versorgung der Bevölkerung mit Milch und Molkereierzeugnissen. Aufstellung gemeinschaftlicher Arbeitspläne durch Züchtervereinigungen und Molkereigenossenschaften.

6. Planmäßige Bekämpfung der die Zucht besonders schädigenden Tierkrankheiten. a) Durchführung des Tuberkulosetilgungsverfahrens in den Beständen der Züchtervereinigungen und Molkereigenossenschaften. b) Maßnahmen zur Bekämpfung der sonstigen die Zucht schädigenden ansteckenden Tierkrankheiten. c) Förderung des Anschlusses der Gemeinden an die gesetzliche Viehversicherung.

7. Maßnahmen außerhalb der Zuchtgebiete. a) Förderung der eigenen Nachzucht in den Milchviehhaltungsbetrieben. b) Prüfung und Auszeichnung von Milchviehhaltungsbetrieben mit eigener Nachzucht und Leistungsnachweisen (Stallschauen).

Wegen der Durchführung der verschiedenen Maßnahmen im einzelnen wird das Ministerium des Innern unter Berücksichtigung der einschlägigen Verhältnisse und Bedürfnisse sowie nach Maßgabe der im Staatsvoranschlag bereit gestellten Mittel zum geeigneten Zeitpunkt das Erforderliche veranlassen.

Aus Baden.

Amtliche Nachrichten.

Ernennungen, Versetzungen usw.

Das Staatsministerium hat beschlossen, den von der Liselotteschule in Mannheim in gleicher Eigenschaft an die Lessingschule daselbst versetzten Professor Edgar Weighardt an die Liselotteschule in Mannheim zurückzuversetzen und den Lehramtspraktikanten Christian Wurster von Karlsruhe zum Professor an der Lessingschule in Mannheim zu ernennen, dat dem Fischer Karl Kappes aus Eberbach die badische Rettungsmedaille verliehen

Das Justizministerium hat den Oberjustizsekretär Johann Bangert beim Landgericht Offenburg seinem Antrag entsprechend aus dem badischen Staatsdienst entlassen.

Die evangelische Kirchenregierung hat den Pfarrverwalter Hans Hemmer in Karlsruhe zum Pfarrer der Südwestpfarrei ernannt.

× **Bruchsal**, 20. Febr. In Freiburg ist vor kurzem der frühere langjährige Direktor des hiesigen Zuchthauses, Freiherr Josef von Stengel, gestorben. Er stammte aus Durlach, wo er 1845 geboren wurde und ergriff die militärische Laufbahn. Als Offizier machte er die Feldzüge von 1866 und 1870/71 mit. Im Jahre 1894 nahm er als Major den militärischen Abschied, um die Leitung des Männerzuchthauses in Bruchsal zu übernehmn. Im Jahre 1899 wurde er zum Oberregierungsrat ernannt, 1910 trat er in den Ruhestand.

× **Pforzheim**, 20. Febr. In Ellmendingen starb vor etwa 8 Wochen die 24 Jahre alte, ledige Fabrikarbeiterin A., wie es hieß, an doppelseitiger Lungenentzündung. Es tauchten aber bald Gerüchte auf, daß es bei ihrem Ableben nicht mit rechten Dingen zugegangen sei. Die Leiche wurde ausgegraben und die Untersuchung ergab, daß die Verstorbene wahrscheinlich das Opfer einer Abtreibung wurde. In der Angelegenheit sind jetzt drei Personen verhaftet worden.

w. **Schutterwald**, 20. Febr. Aus dem Laden der Witwe Albert Maier wurden Kleiderstoffe Wolle und Kurzwaren im Werte von 10 000 Mk. gestohlen. — Die Masernepidemie ist noch nicht im Abnehmen begriffen. Fast kein Haus ist von dieser Krankheit verschont.

w. **Aus dem Linzgau.** Die Frage der elektrischen Stromversorgung des Linzgaus unter Ausnutzung der Wasserkräfte der Seefelder Aach bildete wiederholt den Gegenstand von Verhandlungen. Nachdem nun die Regierung hat wissen lassen, daß die Frage den Staat nicht betreffe, sondern Sache des Kreises sei, wird demnächst eine Konferenz stattfinden, um die finanziellen Fragen des Unternehmens, vielleicht durch Gründung eines Zweckverbandes zu erörtern. In dieser Frage werden auch die drei Kommissionen gehört werden, die im Dezember vor. Js. in Ueberlingen gebildet wurden, zur Vorbereitung der Angelegenheit.

w. **Vom Bodensee**, 20. Febr. Die Fischerei im Bodensee ist zurzeit sehr schwierig, da der Fisch infolge des niedrigen Wasserstandes in der Tiefe bleibt und nicht in das Zuggarn geht. Ein weiterer erheblicher Schaden entsteht den Fischern dadurch, daß das Zuggarn beim Hochziehen vielfach gefriert und dann reißt. Der Gnadensee war in seinem größeren Teile mit Eis bedeckt.

Aus dem Stadtkreise.

Modeschau.

Den schüchternen Versuchen einzelner Firmen, die Erfolg hatten, der aber durch den Krieg in der Auswirkung gehemmt wurde, folgte auf dem Gebiet der Mode-Vorführung am Samstag nachmittag und abend eine Veranstaltung ausgedehnterer Art. In Friedenszeit waren es hauptsächlich, von geschäftlichen Absichten abgesehen, Emanzipationsbestrebungen, die darauf abzielten, das Monopol von Modezentren wie Paris zu brechen. Heute ist das, weil die Valuta eine chinesische Mauer um uns zieht nicht mehr notwendig. Die Not hat aus der harten Tatsache sich eine Tugend gestalten lassen und so mag es, teilweise aus verschiedenen anderen Ursachen, heute als feststehend gelten, daß die deutsche Mode das Gleiche bietet wie jede andere. Die jüngste Veranstaltung in der Festhalle hat aber auch noch gezeigt, daß die Konfektion sehr wohl von künstlerischen Ideen befruchtet werden kann. Manches der Kostüme, das gezeigt und in der bekannten Geste der Mannequins der stark vertretenen Damenwelt vorgetragen wurde, konnte ebensogut unter den Händen einer Kunstgewerblerin entstanden sein. Dieses Ergebnis darf aber auch auf jene Kreise zurückgeführt werden, die unablässig in der Richtung einer künstlerischen Reform der Mode tätig sind.

Die an der Vorführung vorwiegend beteiligte Firma E. Neu Nachfolger, Inhaber S. Michel-Bösen, ließ eine Menge von eleganten, schönen und zweckmäßigen und dabei erschwinglichen Kleidern, Kostümen, Mänteln und sonstige Notwendigkeiten Revue passieren, so daß die Augen der Damen bewundernd und begehrend beschäftigt waren.

Mit der Vorführung, die von Darbietungen einer Abteilung des Harmonieorchesters, Vorträgen des Herrn Essek und Tänzen der Solistin Frau Mertens-Leger vom Landestheater unterbrochen wurde, war eine Ausstellung von Spezialgeschäften verbunden, die auf den Parterre-Galerien arrangiert war. Vor Teppichdekorationen, die die Firma Kaufmann überlassen hatte, war eine hübsche Gruppe von Keramiken der Firma Blos zu sehen, die das Ganze durch geschmackvolle Beleuchtungskörper zu einem aparten Interieur gestaltet hatte. Die Firma Goldfarb zeigte elegante Konfektion, die Firma Alb. Heil ihre Sondermarken in Schuhwaren. Recht persönlich wirkten die Kunstgewerblereien von Else Vater, die gefällige Handarbeiten in Malmanier ausgelegt hatte. Die Firma Frida Schmidt, die Toiletiegegenstände ausstellte, hatte die Frisuren der Mannequins entstehen lassen. Ferner waren beteiligt: Die Firmen Lucas Nachfolger mit Korsettage, Rudolf Vieser mit Strumpfwaren und Handarbeiten, Geschwister Baer mit Wäsche und L. Ph. Wilhelm, deren malerische geordnete Arrangements mit Interesse und Wohlgefallen besichtigt wurden.

Die Vorführung hatte bei den Anwesenden, die sich bei Restauration gut unterhielten, viel Anklang gefunden. Ohne Zweifel dürfte die „Modeschau" als ein Mittel zur Belebung des Fremdenverkehrs und der Kauflust anzusehen und noch ausbaufähig sein.

—ht.

Selbstmordversuch. Ein in der Südstadt wohnhaftes Mädchen versuchte am Samstag nachmittag sich in den Bärenzwinger im hiesigen Tiergarten zu stürzen. Sie wurde durch einen Vorübergehenden an der Ausübung ihres Vorhabens verhindert und nach der Polizeiwache im Karlstor verbracht. Sodann fand sie Aufnahme im Städt. Krankenhaus.

Karl Waßmann, der früher hier ein abenteuerliches Wesen trieb und der zuletzt in Frankfurt eine Zeitschrift „Die Fackel" herausgab, ist, wie verlautet, dort an Herzkrämpfen gestorben.

Allgemeine Wirtschaftsfragen.

Die Getreidewirtschaft.

Der Vorstand der Mannheimer Produktenbörse wendet sich mit einer Denkschrift über die Gestaltung der künftigen Getreidewirtschaft an die Reichsregierung. Er stellt sich darin auf den Standpunkt, daß die Inlandsernte 1921 von jeder zwangsweisen Erfassung befreit werden solle. Das System der Zwangswirtschaft sei auf dem Lande vollständig zusammengebrochen. Der Schleichhandel mache jeden Aufbau einer rationellen Ernährungspolitik unmöglich. Die Kosten, die der große Apparat der zwangswirtschaftlichen Organisationen erfordere, ständen in gar keinem Verhältnis zu der erfaßten Menge an Brotgetreide. Die völlige Freigabe des inländischen Getreides würde allerdings den Getreidepreis dem Weltmarktpreis angleichen, doch sei der Weltmarktpreis ganz erheblich zurückgegangen und die vermehrten Einnahmen der Erzeuger wären ein Anreiz zur notwendigen Steigerung der heimischen Produktion. Anderenfalls möge für die ersten Monate des kommenden Wirtschaftsjahres das geplante Umlegeverfahren eingeführt werden. Die Brotkarte solle nur für die minderbemittelten Volksschichten beibehalten und durch die Umlage gedeckt werden. Besser Bemittelte hätten ihr Brot ohne Brotkarte im freien Verkehr zu kaufen. Für die Einfuhr wird vorgeschlagen, die bereits bestehende Einfuhr-Gesellschaft für Getreide und Futtermittel m. b. H. in Berlin auf eine breitere Basis zu stellen und sie als Selbstverwaltungskörper auszugestalten. Dieser Selbstverwaltungskörper des Getreidehandels, der Mühlenindustrie und des Mehlhandels solle durch ein System des umgekehrten Einfuhrscheines, d. h. durch eine von Zeit zu Zeit festzusetzende Importprämie auf das vom Zollausland eingeführte Brotgetreide, in die Lage versetzt werden, Preistreibereien im Inland einen Riegel vorzuschieben.

Aus aller Welt.

Die Schlafkrankheit in Amerika. Nach Zeitungsmeldungen aus Neuyork sind seit dem 1. Januar mehr als 200 Fälle von Schlafkrankheit festgestellt worden, die meisten sind tödlich verlaufen.

Briefkasten.

Anfragen werden nur beantwortet, wenn die Abonnementsquittung beigefügt ist. Wird schriftliche Antwort gewünscht, auch Rückporto.

Fa. B. Wie Sie wohl aus der Tagespresse entnommen haben werden, hat der Stadtrat zugestimmt, daß das Wassergeld durch den Hausherrn bei den Mietern erhoben werden kann. Das Geld für die Müllabfuhr wird direkt von der Stadt eingezogen. Bezüglich der übrigen Lasten, z. B. Kaminfegergeld, kommt es auf den Wortlaut des Mietvertrages an. Zu Nachzahlungen sind Sie keinesfalls verpflichtet. Wenn Sie mit dem Ihnen vorgeschlagenen neuen Mietvertrag nicht einverstanden sind, müssen Sie Entscheidung durch das Mietseinigungsamt beantragen.

Tagesanzeiger.

(Näheres ist aus dem Anzeigenteil zu ersehen).

Montag, den 21. Februar.

Landestheater. Sinfoniekonzert. 7 Uhr.
Colosseum. Varieté. 8 Uhr.
Kleinkunstbühne Rotes Haus. Vorstellung 8 Uhr.
Weltpanorama. „Bayerisches Hochland".
Kunsthaus Sebald. Ausstellung Hans Bühler.
Verein für Deutschtum im Ausland. Vortrag Dr. Stephan: „Das Burgenland". Großer Rathaussaal. 8 Uhr.
Eintrachtsaal. Konzert Faßbender, Marschall, Hooremann. 7½ Uhr.

Vom Wetter.

Voraussichtliche Witterung bis Dienstag, 22. Februar, nachts 12 Uhr: Weiterhin heiter, trocken, Nachtfrost.

Rhein-Wasserstände morgens 6 Uhr:

	21. Febr.		20. Febr.
Schusterinsel	0.32 m		0.30 m
Kehl	1.25 m		1.25 m
Maxau	2.88 m		2.91 m
„	— m	mittags 12 Uhr	2.91 m
	— m	abends 6 Uhr	2.87 m
Mannheim	1.76 m		1.78 m

FORMAN gegen Schnupfen

Langholzversteigerung.

Die Gemeinde **Schluttenbach** versteigert am **Mittwoch den 23. Februar d. Js.**

59 Eichen von 2,14 fstm. abwärts, 1 Buche von 1,63 fstm. 7 Fichten von 2,15 fstm. abwärts, 11 Baustangen u. 10 Hopfenstangen.

Anschließend wird in dem Rimmelsbacherhofwald versteigert:

8 Eichen von 1.21 fstm. abwärts, 1 Buche von 1.49 fstm.

Die Zusammenkunft ist vormittags 9 Uhr beim Rathaus.

Schluttenbach, den 17. Februar 1921.

Bürgermeisteramt.
Günter.

Zu vermieten

Wohnungs-Tausch.

Tausche meine schöne sonnige 3 Zimm.-Wohn. i. d. Weststadt geg. große 3 Zimmer od. kl. 4 Zimmer-Wohn. m. Zubeh. im Zentrum oder Südweststadt. Angeb. unt. Nr. 4782 i. Tagblattbüro erbeten.

Läden und Lokale

Zu Büroräumen

geeignet in in Mühlburg ein großer Saal zu vermieten. Angebote unter Nr. 4764 ins Tagblattbüro erb.

Zimmer

Gut möbl. Zimmer an sol. Herrn zu verm.: Karlstraße 29, 2. Stock.

Offene Stellen

Gut empfohlene

Weißzeug-Näherin

für einige Zeit auf ein Gut gesucht. Angebote unter Nr. 4786 ins Tagblattbüro erbeten.

Gesucht

erfahrene Köchin

nach **Freiburg** zum 1. April. Auskunft bei Baronin **v. Monteton Karlsruhe i. B. Kaiser-Allee 87.**

Tüchtiges Mädchen

zur Führung des Haushaltes auf 1. März gesucht. Angebote unter Nr. 4784 ins Tagblattbüro erbet.

Pfannkuch & Co

Gulasch
1/1-Pfund-Dose
Mark **10.**

Cornedbeef
im Aufschnitt
1/4 Pfd. Mark **2.50**
kleine Dose brutto 1 Pfund netto Mark **7.25**

Sauermanns
Rindfleisch
1/1-Pfund-Dose
Mark **10.—**

Pfannkuch & Co

Vordrucke für Umsatzsteuererklärungen.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß Vordrucke für Umsatzsteuererklärungen nicht nur beim Finanzamt Rüppurrerstraße 3a, 2. Stock, Zimmer 74, sondern auch beim Steuerkommissär Karlsruhe-Stadt Kreuzstraße 13, Erdgeschoß, Zimmer Nr. 13, abgegeben werden.

Karlsruhe, den 19. Februar 1921.

Finanzamt.

Kunsthaus Sebald

Karlsruhe, Waldstraße 30.

Vom 21. Februar bis 20. März:

Werk-Ausstellung:

Professor **Hans Bühler**
Gemälde - Graphik - Plastik

Außerdem: Glasgemälde nach HANS THOMA.

In der Buchstube: Neuzugänge ausgewählt guter Bücher und Reproduktionen alter Meister. — sehr preiswert. —
Eigene Erzeugnisse: Keramik — Lampen — Möbel — Stickereien in selten schöner Ausführung.

Geöffnet 9—1 u. 1/2 3—6 Uhr. Sonntags 11—1 Uhr.

50000—70000 Mk.

sucht Geschäftsmann gegen hohen Zins und Provision auf 6 Monate aufzunehmen. Als Sicherheit erhält der Verleiher Goldwaren und Brillanten. Angebote unter Nr. 4752 ins Tagblattb. erb.

Sehr gute Kapitalanlage.

Mittlere Speiseölfabrik sucht jüngere tüchtige

Reisekraft

gegen festes Gehalt und Provision. Angebote mit Zeugnisabschriften unter **K. E. 942** an **Ala-Haasenstein & Vogler, Karlsruhe i. B.**

Hohes Einkommen.

Das alleinige Fabrikations- und Vertriebsrecht eines erstkl. patent. Massenartikels der Metallbranche, welchen Handel, Industrie und fast jed. Landwirt ob kl. oder groß kauft, ist bezirksweise (nur noch die östliche Pfalz frei) zu verkaufen. Herstellung einfach (auch wird auf Wunsch der Artikel geliefert). Vertrieb leicht, da es ein längst ersehnter Artikel ist. Nötig. Kapital Mk. 5000.— — **Vergebe auch die Alleinvertretung eines erstkl. gesch. Küchenartikels,** der tägl. in jed. Küche gebraucht, welcher, weil sehr praktisch und des niederen Preises wegen von jed. Hausfrau gekauft wird. Nötig. Kapital hiezu Mk. 1500.— **sowie eines sehr praktischen landwirtsch. Massenartikels.** Näh. am Montag, den 21., von 2—6 Uhr und am 22. d. Mts. von 9—12 und 2—6 Uhr durch Herrn Hipp im Hotel Lutz, alter Bahnhof.

Gute Existenz!

Für neuartige elektrotechnische Artikel, die in anderen Gebieten guten Absatz gefunden haben, wird für den dortigen Bezirk **Allein-Vertreter** gegen hohe Provision gesucht. Eilangebote unter Nr. 4788 ins Tagblattbüro erbeten.

Zuverlässiges Mädchen,

welches kochen kann u. die Hausarbeiten pünktlich besorgt, per sofort gesucht.
Moltkestr. 81, III.

Alleinmädchen

f. Küche u. Hausarbeit, d. das Kochen erlernen kann, auf 1. März gesucht. Näheres Helmholtzstraße 7, 1. Stock.

Tüchtige Flickerin

nimmt Kunden an außer dem Hause auch für sonstige Näharbeit. Angeb. u. Nr. 4783 i. Tagblattbüro.

Schirme

werden billig repariert u. überzog. **Frick,** Englerstr. 14 b. Hochschule.

Verloren u. gefunden

Verloren: Goldfeder in grünem Halter. Dem Wiederbringer hohe Belohnung. Hausmeister Spörnöder, Oberkirchenrat.

Häuser

mit und ohne Geschäft Villen, Hotels, Wirtschaften, Fabriken, teils sofort beziehbar zu verkaufen:

M. Busam
Liegenschaftsbüro
Herrenstraße 38.

Zu verkaufen

gut erhaltener **Federnpritschenwagen** (mittelschwer) sowie 4räderiger **Handwagen.**

Kohlenhandlung **Glasstetter**
Ettlingen-Holzhof.

Diwans!

neue, in gr. Auswahl, von 650 Mk. an. Polsterei **Köhler,** Schützenstr. 25.

Zu verkaufen 1 Sofa, 1 Kommode, 1 oval. Tisch, 1 Kleiderschrank, 1 Trumeau-Spiegel, 1 Regulator-Uhr: Kaiserstr. 193 I.

Neue Küchen-Einrichtungen

Büfett, Kredenz, Tisch, 2 Hocker, eiche lackiert für 985 ℳ zu verk. **L. Graf,** Rüppurrerstr. 24a IV.

Schlafzimmerbilder

preiswert: **Schläfer** Kaiserstr. 38 im Laden.

Eine Laute billig zu verkaufen: Nuitsstr. 1a, 4. Stock, rechts.

Zu verkauf. 8 hölzerne **Schraubzwingen.** Hagsfeld, Friedrichstr. 1

Eisenfässer

versch. Größen, fast neu, für Oel, Benzin, Spritzc. billig abzugeben.

Caissin, Jahringerstraße 8.

Blechdosen

5000 Stück, mit Patenteindrückdecken, Inhalt ca. 1 Pfd., zu jed. annehmbaren Gebot abzugeben. Gefl. Angebote unter Nr. 4785 ins Tagblattbüro erbeten.

Zu verkaufen

ein 3 Wochen altes

Kalb.

Zu erfragen **Kriegsstraße 236.**

Kaufgesuche

Verkaufe

Klappsportwagen,

Kinderwag., Kinderbett, Konfirmanden-Anzug. Ludw.-Wilhelmstr. 2 II l.

Kl. Sieg- u. Sitzwagen oder **Klappsportwagen** gesucht. Angeb. u. Nr. 4767 ins Tagblattbüro erbet.

Alt-Gold- und Silbergegenstände

kauft **L. Theilacker,** Hebelstr. 23, b. Café Bauer.

Badische Krieger-

Geld-Lotterie

Ziehung 4. März 1921
2723 Gewinne u. 1 Prämie Mk.
37000
Hauptgewinn im günst. Falle
20000
Lospreis Mk. 2.40, Porto und Liste 1 Mk. empfiehlt
Lotterie-Unternehmer
J. Stürmer
Mannheim, O7, 11
und alle Losgeschäfte.
Postscheckkonto Karlsruhe: 7045.

Billige Seefische

Städt. Fischhalle hinter dem Vierordtbad

1 Waggon lebendfrische billige Seefische eingetroffen: **Cabliau Schellfische Goldbarsch, Seelachs, Bücklinge** Pfund Mk. 5.50. **Salzheringe** Stück 80 Pfg., 10 Stück Mk. 7.50

frischgewäss. Stockfische

5 Pfd.-Kiste Bücklinge 20 Mark.

Für Wiederverkäufer extra Offerte. Geöffnet von 8—6 Uhr abends. Bitte Einwickelpapier mitbringen.

Tel. 4680: Max Schäfer.

Bienenhonig

(Ueberschrift) sagt nichts, — erst die **Qualität** macht's! Es gibt billigeren aber keinen besseren als meinen **garantiert reinen Bienenhonig** zu Mk. 135.10 die Postdose, netto 9 Pfund, fr. Nachn. u. Verp. — **Heidescheibenhonig** 8 Pfund netto mit Mk. 135.10 franko.

H. C. Buck Imkerei und Honighandlung **Beverstedt** i. Hannover.

Gegen Zahnschmerzen
„Blasscolin"
in die **Ohren** hat sofort geholfen. In allen einschl. Geschäften zu haben. Viele Anerkennungen.

Zentral-Versand Laborat. „Blika" Karlsruhe.

Hausbesitzer!

Empfehle mich zur Ausführung von **Closett- u. Entwässerungs-Anlagen, Anschluß an die Schwemm-Kanalisation,** sowie **Blechner-Arbeiten aller Art.**

Kosten-Anschläge sowie fachmännischer Rat kostenlos.

Leopold Stather
Blechner- und Installationsmeister.
Amalienstraße 4. Telefon 2226.

Ihr Bruch wird größer!

Probieren Sie meine **Erfindung,** die ihn **ohne** Feder zurückhält. 20000 Besteller in 5 Jahren. Hernien-Bandagenhaus **Dr. Winterhalter,** Halle (Saale).

Bin mit Mustern in **Karlsruhe nur Mittwoch, den 23. Februar von vormittags 9 bis nachmittags 5 Uhr im Hotel Goldener Kaiser**

Statt Karten.

Liesel Oppenheimer
Julius Schloß
Verlobte

Karlsruhe *Februar 1921* *Düsseldorf*
Wendtstr. 2 *Grafenberger-Allee 66.*

Badisches Landestheater.

Montag, den 21. Februar 7 bis nach 9 Uhr. ℳ 6.—

V. Sinfonie-Konzert

des Bad. Landestheaterorchesters

Dirigent: **Fritz Cortolezis,** Solistin: **Fräulein Caroline Lankhout.**

Nachhilfe und Beaufsichtigung

der Schularbeiten für Schüler und Schülerinnen jeder Klasse und jeder Lehranstalt (Real- und Gymn.) durch Privatlehrer: **H. K. Ritter,** Körnerstr. 30.
Eintritt jederzeit. Sprechst.: täglich 9—11, 12½ bis 3 Uhr. Vorbereitung zu Examina. Mäßiges Honorar.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Es hat dem Herrn gefallen, meinen teuern Gatten, unsern lieben Vater und Großvater

Friedrich Beisel

Oberrechnungsrat a. D.

heute in die obere Heimat abzurufen.

In tiefstem Schmerze:
Namens der trauernden Hinterbliebenen:

Luise Beisel Wwe.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 23. Februar, 11 Uhr, von der hiesigen Leichenhalle aus statt.

Karlsruhe, Eichtersheim, Konstanz und Wien, den 19. Februar 1921.

Trauerhaus: Stefanienstraße 4.

Im Sinne des Entschlafenen werden Blumenspenden dankend abgelehnt.

Danksagung.

Es ist uns während der Krankheit und beim Hinscheiden unseres lieben Entschlafenen außerordentlich viel Teilnahme erwiesen worden, für die wir auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank aussprechen.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Familie Luger.
Familie Hartfelder.

Emmendingen, Karlsruhe, 20. Febr. 1921.

!!! Biete an !!!
solange Vorrat, per Nachnahme.

4 Paar	große, gute Herren-Sohlen	Mk. 54.—
5 „	Damen-Sohlen	Mk. 25.—
6 „	Kinder-Sohlen	Mk. 20.—
1 „	Herren-Leder-Schuhe	Mk. 52.—
1 „	Damen-Leder-Schuhe	Mk. 43.—
1 „	Frauen-Schnallen-Schuhe	Mk. 45.—
1 „	Kinder-Schnür-Stiefel	Mk. 30.—

Garantie für alles. **Schuh- und Ledervertrieb,** Würzburg, Wagnerstraße 22.

Ein schöner Fuß wirkt häßlich

wenn die Schuhe nicht fein geputzt sind. — Schuhkrem **Pilo-Extra** (mit Terpentinöl hergestellt) gibt sofort eleganten Hochglanz.

Bad. Beobachter
Nr. 33, Seite 4.
F. D.

Tapeten.
Reichhaltigste Auswahl, niederste Preise. Uebernahme v. Tapeziererarbeiten
H. Durand,
Douglasstraße 26.
Tel. 2495 b. d. Hauptpost.

Pfannkuch & Co

Preiswerte Hülsenfrüchte!

Erbsen
ungeschält
Pfund Mark **1.60**
bei 10 Pfd. **1.50**

Erbsen
geschält
1/1 und 1/2 Pfund Mark **2.10**
bei 10 Pfd. **2.—**

Bohnen
Pfund Mark **1.50**
bei 10 Pfd. **1.40**

Linsen
Pfund Mark **2.60**
bei 10 Pfd. **2.50**

Pfannkuch & Co

Liebe, Diplomatie und Holzhäuser.

Eine Balkanphantasie von einst
von
Elisabeth von Heyking.

Copyright 1919 by Cotta Nachfolger in Stuttgart und Berlin.

3) (Nachdruck verboten.)

„O ja," antwortete Axel, „eine strenge Dame — es war so, als ob die Söhne beständig vor ihr stramm ständen."

„Sie soll in ihrer Ehe mit dem munteren Gemahl sehr glücklich gewesen sein," sagte Wawerling.

„Na, er war wohl auch nicht gerade zu beneiden," fiel ihm Linteloe ins Wort. „Wissen Sie, so 'ne Frau, die immer vom Sockel der eigenen Unfehlbarkeit herabschaut, — 's ist nicht gerade herzerwärmend."

„Schon möglich," sagte der Doyen. „Na, auf alle Fälle hat sie sich bei der Erziehung ihrer Söhne möglichste Unähnlichkeit mit dem Vater zum Ziele gesetzt. Und das scheint sie denn auch völlig erreicht zu haben. Der älteste, der jetzt über Gnadenhausen-Rattenburg regiert, gilt ja für einen Idealherrscher, und unseren Hans Hadubrand hier leitet sie brieflich an, das gleiche für dies Land zu werden."

„Wenn sie damit für hier nur das Richtige trifft," meinte Linteloe. „Hans Hadubrand würde möglicherweise besser hierher passen, wenn er etwas weniger vortrefflich wäre. Ich glaube, gerade all das, was er etwa von seinem Vater geerbt haben könnte und was die Herzogin-Mutter ihm systematisch aberzogen hat, hätten die Leute hier sicher begriffen — während er so vor lauter Reinheit, Pflichttreue und Selbstüberwindung seinen Untertanen ganz fremd und unverständlich ist."

„Hat die Herzogin-Mutter noch gar nicht Anstalten getroffen, Hans Hadubrand zu verheiraten?" frug nun Axel. „Das ist doch ein Schritt, den Herrscher sonst zur sogenannten Beglückung ihrer Völker möglichst früh zu tun pflegen."

„Die Herzogin-Mutter," antwortete der Vizedoyen, „besitzt eben einen, unter ihren Standesgenossen seltenen, praktischen Blick für die Realitäten der jeweiligen Lage. Darum hat sie sich sicher gesagt, daß es besser sei, abzuwarten, wie sich die Dinge hier gestalteten, ehe sie das Land auch noch mit einer Landesmutter versieht. Wenn nämlich Urosch der Fünfundzwanzigste sich etwa nicht hätte halten können — und das schien anfänglich mindestens zweifelhaft — so wäre der Abzug für einen Einzelnen immerhin leichter gewesen als für einen Mann mit Frau und Kind."

„In der Tat," bestätigte Holst, „als Hans Hadubrand vor ein paar Jahren hier eintraf, wurden seiner Regierung allgemein nur Wochen, höchstens Monate prophezeit. Jetzt aber gilt seine Stellung im Lande doch immerhin als gesicherter."

„Und was wohl das Wichtigste ist: Mirojedsky scheint augenblicklich nichts Besonderes an ihm auszusetzen," sagte Wawerling.

„Ich sag's ja immer," seufzte van Stratten, „dies ist ein Ort, an dem man länger bleibt, als man ursprünglich dachte."

Bald darauf empfahlen sich der Doyen und Vizedoyen, die überall zusammen erschienen und zusammen fortgingen und „die Inseparables" genannt wurden.

Herr von Linteloe blieb noch einen Augenblick länger. „Meine Frau würde sich sehr freuen, wenn Sie morgen bei uns lunchen wollten," sagte er zu Baron Holst, und dann an Axel gewandt: „Sie hofft, daß du Zeit haben wirst, schon etwas früher zu kommen. Nach der langen Zeit hat sie wohl über vieles und viele mit dir zu sprechen."

Als auch dieser letzte Gast gegangen war, sagte Baron Holst zu Axel mit wichtiger Miene: „Lassen Sie sich die Begeisterung für unsere Karriere nicht etwa durch unseren vortrefflichen Doyen und Vizedoyen rauben. Sehen Sie, ganz im Vertrauen, die beiden Herren leiden darunter, daß ihre Länder hier keine Rolle spielen und sie daher wenig hervortreten. Wir dagegen" — und der hagere Mann warf sich in die Brust — „haben hier große Interessen, und ohne mich rühmen zu wollen halte ich es für einen unserer wichtigsten Posten. Es gibt hier so viel zu tun, daß ich oft verzweifle, es zu bewältigen, obschon ich den ganzen Tag kaum vom Schreibtisch aufschaue. Nur abends gestatte ich mir zuweilen ein Partiechen oder beschäftige mich ein Stündchen mit den Menüsammlungen, die ich seit vielen Jahren treibe. Im übrigen denke ich labor ipse voluptas! Ja, und noch eins: Der Despot freut sich schon sehr darauf, Sie wiederzusehen. Ich traf ihn heute zufällig, und er bat, daß ich Sie gleich morgen Nachmittag zu ihm bringen möge. Ich wollte das vorhin vor den anderen nicht erwähnen — es hätte sonst vielleicht gleich Neid bei den chers collègues erregt. Obschon diejenigen, die Sie heute gesehen haben, darin noch verhältnismäßig gutartig sind. Mirojedsky dagegen paßt dem Fürsten auf wie eine böse Gouvernante. Ehe wir zu Urosch gehen, werde ich Sie übrigens auch dem Minister des Auswärtigen vorstellen — ich muß sowieso morgen zu ihm. Na, und nun, gute Nacht, lieber Graf."

In seinem Schlafzimmer fand Axel seinen alten Diener Iwan, den er aus Petersburg mitgebracht hatte; er war gerade mit Auspacken fertig.

„Nun, wie gefällt es dir denn hier, Iwan?" frug Axel im Tone, den man einem mutigeren Leidensgefährten gegenüber anschlägt. Der weißhaarige Alte sog den Duft feuchter Erde und blühender Büsche ein, der durch das offene Fenster drang. „Die Erde ist gut überall," antwortete er, „nur die Menschen sind schlecht, aber sie können nirgends schlechter sein als bei uns." Er atmete noch einmal die nächtliche Luft tief ein: „Ja, es wird mir schon gefallen, die Erde ist gut."

(Fortsetzung folgt.)